

Themen Wir helfen | MZ-DeinVerein



Das Unternehmen Papenburg wird die neue Gewerbefläche Lochau-Raßnitz vermarkten.  
Foto: Katrin Sieler

SAALEKREIS

## MZ+ Streit um Gewerbegebiet Lochau-Raßnitz Schutz durch Zustimmung?

Von Melain van Alst

 17.10.20 08:00



-  EMAIL
-  FACEBOOK
-  TWITTER
-  MESSENGER

- **Mit einem neuen Plan für das Gewerbegebiet Lochau-Raßnitz soll die Fläche besser vermarktet werden.**
- **Einige Räte hoffen dagegen auf einen besseren Schutz für Anwohner.**

**Lochau/Rassnitz** - Mehrfach mussten die Mitglieder des Gemeinderates Schkopau die Hände heben, um einen neuen Bebauungsplan für das Gewerbe- und Industriegebiet Lochau-Raßnitz aufzustellen. Am Ende haben sich die Räte mit einer hauchdünnen Mehrheit entschieden, die Änderung des B-Plans auf den Weg zu bringen.

Dabei prallen unterschiedliche Meinungen zum Gewerbegebiet und dem Schutz der Anwohner aufeinander. Vor allem die beiden betroffenen Ortschaftsräte befürworten die Aufstellung des neuen Plans, um einen besseren Schutz für ihre Anwohner herauschlagen zu können. Daran glauben andere Ratsmitglieder und eine Anwohnerin im Gemeinderat nicht.

### Verbesserung mit neuem Plan

Die Ortsbürgermeister von Lochau und Raßnitz und Gemeinderatsmitglieder, Mathias Wild (CDU) und Dana Ewald (SPD) haben einen Forderungskatalog erarbeitet, der nun bei der Entstehung des geänderten B-Plans diskutiert werden soll. Der gefasste Beschluss zur Aufstellung markiert also nur den Beginn dieses Prozesses. Und genau den brauche man, um überhaupt über die Forderungen reden zu können, so ihre Ansicht.

Ein Großteil der Fläche ist bereits mit zwei Bauplänen als Gewerbe- und Industriegebiet markiert. Die alten Pläne aus Lochau und Raßnitz sind schon damals von einem Gebiet ausgegangen, benötigten jedoch zwei Pläne, weil sie nicht derselben Gemeinde angehörten. Sie entstanden 1998 und 2000. Mit einem neuen, veränderten Bebauungsplan entsteht nun eine 77,5 Hektar große Fläche für Gewerbe, die bis an die Straße reicht.

Das stößt einigen Räten sauer auf, weil es nicht nur einer Änderung der Baupläne bedeutet. „Sie jubeln uns eine Erweiterung unter“, kritisierte Jens Schräpler (Pro Bürger) den Bauamtsleiter. Die Initiative für die Änderung des Planes kommt vom Unternehmen Papenburg, das die Flächen vermarkten will, aber Schwierigkeiten mit der aktuell kleinteiligen Aufteilung hat.

### Keine Industrie mehr?

Allgemein gesagt, enthält ein Bauplan Festsetzungen, an die sich Firmen halten müssen, wenn sie sich auf diesem Gebiet ansiedeln. „Wir haben keinen Einfluss auf die Ansiedlung, wenn es den Festsetzungen entspricht“, erklärt Schkopaus Bauamtsleiter Matthias Weiß. Ortsbürgermeister Wild und Ewald wollen nun diese Festsetzungen ändern.

„Wir haben zugestimmt, weil wir die aktuellen Werte nicht mehr wollen“, sagt Ewald. Dazu gehören beispielsweise alte Regeln des Lärmschutzes, die heute strenger sind und in einem neuen Plan zum Tragen kommen könnten. Ganz konkret fordern sie eine maximale Bauhöhe von zehn Metern, lediglich ein Gewerbe- und kein Industriegebiet mehr auszuweisen, eine zusätzliche westliche Erschließungsstraße, um die L186 zwischen Jugendanstalt und Thomas-Müntzer-Straße zu entlasten oder den Lkw-Verkehr dort zu verbieten.

Sie fordern ebenso eine Lärmschutzwand und Ausgleichsmaßnahmen in den Orten. Während Jens Schräpler und Michael Teske (Linke) befürchten, dass man einen „rollende Zug“ nicht mehr stoppen könne, hätte Andreas Rattunde (Grüne) das Thema gern noch einmal in die Ausschuss verwiesen, scheiterte damit aber.

### „Wir wollen die Leute schützen.“

Emotional geladen war vor der eigentlichen Debatte der Kommentar einer Anwohnerin an der L186. „Die Verkehrswege der Gemeinde sind nicht dem zunehmenden Lkw-Verkehr gewachsen“, sagt sie und ließ erkennen, dass sie nicht glaube, dass alle Räte verstünden, was das für die Anwohner bedeute. „Wie wollen sie die Interessen Bürger vertreten? Ich sehe es nicht!“ Den Vorwurf wollte sich Wild nicht gefallen lassen.

„Wir wollen die Leute schützen.“ Stattdessen forderte die Frau man solle bei der Ansiedlung von Firmen beteiligt werden. „Es gilt geltendes Recht, wir können nicht auf alles Einfluss nehmen“, musste ihr dann Bürgermeister Torsten Ringling (parteilos) antworten. (mz)

Themen

MZ-DeinVerein | Ferien in Sachsen-Anhalt bis 2024 | Brückentage 2020

### Service

-  Abonnieren
-  E-Paper
-  MZ-LeserReisen
-  MZ Online-Service-Center
-  tim-ticket.de
-  Stellenmarkt
-  Geschenkzeitung
-  Wetter
-  Horoskop
-  Bußgeldrechner
-  Newsletter
-  RSS-Feeds
-  Shop
-  Werben
-  Medienhausführungen
-  Immobilienmarkt

# Mitteldeutsche Zeitung



auf Facebook  
142.059



auf Twitter  
28.461



@mz\_leben: 5.173  
@mzwebde: 30.763



RSS-Feeds  
abonnieren



auf YouTube  
6.950

Weitere Angebote: abschied-nehmen.de | azubis.de | mzz-briefdienst.de | mz-deinverein.de | mz-jobs.de | mz-genossen.de | mz-mahlzeit.de | mz-radpartie.de | mz-satz.de | mz-velo.de | romanik-strasse-erleben.de | azubis.de | sagla.org | supersonntag-web.de | tim-ticket.de | tvhalle.de | wirhelfen-mz.de | wochenspiegel-web.de | bietbox.de | startnow-messe.de | mzimmo.de | mz-werben.de | gutscheln-mit-herz.de | besser-mieten.de